№ 130. Abendblatt.
Dienstag, 18. März.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46, O. Gr. Frankfurter Str. 87, SO. Kottbuser Str. 1, S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67, C. Neue Schönhauserstr. 4.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4.50 M
nur Morgens „ 4.— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1.50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Selbstabholen aus der Expedition:
Quartal 3.25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Der Dalles in Rußland.

Aus Rußland schreibt uns unser Mitarbeiter:

Der Telegraph hat Ihnen gemeldet, daß das Ministerium des Innern beschlossen hat, die Gebühren der Auslandreisepässe für russische Unterthanen von 15 auf 300 Rubel (650 M.) und für die in Rußland sich aufhaltenden Ausländer von 5 auf 100 Rubel zu erhöhen. Man weiß sich im Auslande wohl keinen Begriff davon zu machen, was die russische Regierung zu dieser Maßnahme veranlaßt, die für einen großen Theil der Bevölkerung gleichbedeutend mit einer Grenzsperre ist. Es liegt auf der Hand, daß Leute, die nicht ins Ausland reisen, um gewinnreiche Geschäfte abzuschließen, nicht 650 Mark dahingeben können für die bloße Erlaubniß, die Grenze zu überschreiten. Man kann sicher annehmen, daß etwa zwei Drittel der bisherigen russischen Auslandreisenden auf ihre Reise verzichten müssen. Dazu gehören z. B. Hunderte von Personen, welche deutsche Bäder zu besuchen pflegten. Zur Zeit der Leibeigenschaft bestand in Rußland für die „unteren" Volksklassen die Grenzsperre. Diese Zeit scheint jetzt nach dem unerforschlichen Rathschlusse der Regierung wiedergekehrt zu sein.

Was die wirthschaftliche Seite der neuen Paßsteuer anbelangt, so wäre folgendes zu bemerken: Gegen die jedes Jahr wiederkehrenden Mißernten und die chronischen Volksnöthe hat die Regierung Hilfe leisten müssen, und sie wird daher bald so weit gekommen sein, daß sie sich sagen muß: Ich kann nicht mehr.

Das ist keine leichtfertige Beurtheilung der Finanzkräfte des Zarenreichs, denn schon die Folgen des Chinafeldzuges beweisen ihre Richtigkeit. Als es galt, die Kosten des Krieges mit China zu decken, mußte die Steuer der Auslandspässe um 5 Rubel erhöht werden. Es fand sogar eine staffelförmige Erhöhung der Zölle auf importirte Waaren bis auf 50 Prozent statt. Aber es kam noch ärger. Der Finanzminister kürzte die nächstjährigen Budgets sämmtlicher Ministerien und somit auch das Budget des Kultusministeriums, das ohnehin in seiner Dürftigkeit in gar keinem Verhältniß zu den Bedürfnissen stand. Viele geplante Neueinführungen mußten unterbleiben, weil sie Geld kosteten.

Wenn ein so ärmlicher Staatssäckel fortgesetzt weiter in Anspruch genommen wird, so muß man zugunterletzt dazu kommen, verzweifelte Maßnahmen zu ergreifen. Besonders kann die Lage der Landschaften, jener kommunalen Institutionen, die vor allem für die bäuerliche Bevölkerung Sorge zu tragen haben, die Armuth vor Augen stellen. Seit Jahren gebricht es den meisten Landschaften an Mitteln selbst für die nothwendigsten Ausgaben, wie beispielsweise für den Unterhalt der Schulen und Krankenhäuser, sowie für die Besoldung der Aerzte. Solche Schwierigkeiten haben das Finanzministerium vor Kurzem sogar auf den Gedanken gebracht, eine Steuer auf die Eisenbahnfahrkarten zu setzen.

Die deutsche parlamentarische Gruppe für Schiedsgericht und Frieden hielt vor einigen Tagen eine zahlreich besuchte Sitzung ab. Der Gruppe gehören seit den letzten Konferenzen in Christiania und Paris 85 Mitglieder der verschiedensten Fraktionen des Reichs- und Landtags an, und eine Anzahl neuer Mitglieder ist bereits angemeldet. Die 11. Interparlamentarische Friedenskonferenz ist von dem Berner Bureau zum 10. September d. J. nach Wien einberufen, wo die österreichische Landesgruppe unter Vorsitz des Abg. Frhr. von Pirquet mit den Vorbereitungen eifrig beschäftigt ist. Wichtige Berichte und Anträge sind bisher aus Belgien, aus den nordischen Staaten und aus Deutschland angemeldet. Nach den Mittheilungen des Freiherrn v. Pirquet hat der Ministerpräsident v. Koerber versichert, daß die österreichische Regierung den Bestrebungen der Interparlamentarischen Friedensunion das vollste Interesse entgegenbringt, und daß zur Deckung der Kosten der Wiener Konferenz, die im Herrenhause tagen wird, der Betrag von 4000 Kronen zur Verfügung gestellt werde. Seitens der deutschen Gruppe wurde eine zahlreiche Betheiligung an der Friedenskonferenz in dem verbündeten Nachbarreiche in Aussicht genommen; einige dreißig deutsche Theilnehmer sind schon angemeldet. Dem Vorstand der Gruppe wurden die weiteren Vorbereitungen überlassen.

Kardinal Simar. In römischen kirchlichen Kreisen gilt es nach der „Berl. Korr." als wahrscheinlich, daß im nächsten Konsistorium, das im Mai oder Juni abgehalten werden soll, der Erzbischof Simar von Köln den Kardinalpurpur erhalten wird.

Zum Kapitel der Simultanschulen wird aus Schloppe gemeldet, daß der dortige Magistrat beabsichtigt, die bisherigen Konfessionsschulen in eine Simultanschule umzuwandeln. Die Regierung hat aber die Genehmigung hierzu versagt. (!) Nunmehr hat die Stadtverordneten-Versammlung den Bau eines katholischen Schulhauses, zu dem die Regierung einen namhaften Beitrag leisten wollte, abgelehnt. Auf den Ausgang des hierdurch herbeigeführten Konflikts darf man gespannt sein.

Agrarische Salpetergeschäfte. Im preußischen landwirthschaftlichen Ministerium fand, wie bereits gemeldet, eine Sitzung des Bezugsvereins zum Ankauf von Salpetergruben in Chile statt. Dadurch wird, so bemerkt dazu die „Frankf. Ztg.", die Vermuthung, daß den landwirthschaftlichen Bezugsvereinen der Ankauf durch Gelder der amtlichen Zentral-Genossenschaftskasse ermöglicht worden ist, zur Gewißheit.

Das Blatt macht dann noch Mittheilungen über einen weiteren Grubenankauf von Toelle in Chile für $1^1/_2$ Mill. Mark. Der erste für 1 700 000 M. wurde von Foelsch und Martin in Iquique bethätigt. Danach sind bereits für 3 200 000 M. Salpetergruben in Chile angekauft und die zuerst angegebene Summe von 5 Millionen wird bald erreicht sein.

Man wird keinem Berufszweige verargen, wenn er sich billige Bezugsquellen eröffnet. Aber während alle anderen mit eigenen Mitteln arbeiten, nehmen die Agrarier öffentliche Gelder für ihre Sonderinteressen in Anspruch!

Wider den Brotwucher. Aus Neustettin, 18. März, meldet uns ein Privattelegramm: Eine Versammlung von 100 Fabrikanten, Arbeitern, Gewerbetreibenden und Landwirthen nahm nach einem Referat des Sekretärs vom Handelsvertragsverein Krauß einstimmig unter stürmischem Beifall eine Resolution an, die den bündlerischen Abgeordneten v. Bloedau auffordert, gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle zu stimmen oder sein Mandat niederzulegen.

Vom deutsch-polnischen Versöhnungs-Kriegsschauplatze wird der „Leipz. Volks-Ztg." gemeldet: Sämmtliche polnische Vereine der Provinz Posen sind von der Regierung angewiesen worden, vom 1. April ab alle Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen. Wir bezweifeln die Richtigkeit dieser Meldung. Nach dem letzten Oberverwaltungsgerichts-Erkenntnisse dieser Art kann kein polnischer Verein gezwungen werden, sich der deutschen Sprache zu bedienen.

Eine Polen-Interpellation des Zentrums. Nachstehende Interpellation ist im Abgeordnetenhause vom Abg. Faltin (Z.) eingebracht worden: „Ist es der königl. Staatsregierung bekannt, daß am 2. März 1902 zu Rybnik eine Versammlung christlicher Arbeiter, deren Mutter- und Umgangssprache die polnische ist, auf polizeiliche Anordnung aus dem Grunde aufgelöst worden ist, weil die Verhandlungen in polnischer Sprache geführt werden sollten? Welche Maßnahmen gedenkt die königl. Staatsregierung zu ergreifen, um derartigen Zuwiderhandlungen gegen Verfassung und Gesetz künftighin vorzubeugen?" Unterzeichnet ist die Interpellation vom gesammten Zentrum.

Einem Geheimvertrage zwischen Zentrumsbauern und dem Bunde der Landwirthe will der „Vorw." auf die Spur gekommen sein. Wie dem Blatte aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, hat sich der Bund der Landwirthe mit dem Rheinischen Bauernverein in aller Form verbrüdert:

Bereits in der zweiten Hälfte des Januar dieses Jahres hat — wenn wir nicht irren in Düren — zwischen einem Vertreter des Bauernvereins und dem Häuptling der rheinischen Mitglieder des Bundes der Landwirthe eine Konferenz stattgefunden, auf der die Grundsätze für ein gemeinsames Vorgehen aller Agrarier festgestellt wurden. Man hat auch bereits sich dahin verständigt, daß die beiderseitigen Führer der kartellirten Agrarbünde als Kandidaten für die Wahlen aufgestellt werden sollen.

Der „Einbruch" des Bundes der Landwirthe in das Rheinland hat also, die Richtigkeit der vorstehenden Meldung vorausgesetzt, vollen Erfolg gehabt, trotz der grimmigsten Kampfmittel der ultramontanen Presse. Dem Zentrum hat seine Agrarierfreundlichkeit nichts genutzt; seine sichersten Wähler wollen ihm unter den Händen werden. Wie wird es diesen Schlag verwinden?

Gute Frachtkonjunktur zwischen Berlin und Hamburg. Aus Spandau wird uns geschrieben:

Ein heftiger Konkurrenzkampf ist gleich bei Wiederaufnahme der Binnenschiffahrt zwischen den Besitzern der Schleppdampfer auf der Strecke Berlin—Hamburg entbrannt. Die in Betracht kommenden Schiffseigner hatten behufs Aufrechthaltung eines bestimmten Preises vor mehreren Jahren ein Uebereinkommen geschlossen; der hierfür festgesetzte Zeitraum ist jetzt abgelaufen, und eine neue Vereinbarung ist nicht zu Stande gekommen. Der nunmehr eingetretene Wettbewerb hat zur Folge gehabt, daß eine bisher noch nicht dagewesene Preisunterbietung stattfindet; der Schlepplohn für den Gütertransport von Hamburg nach Berlin ist auf 9 Pfennig pro Doppelzentner gesunken, ein Preis, der nicht die baren Auslagen deckt; er betrug noch im vorigen Jahre trotz des Darniederliegens von Handel und Industrie 13 Pfennig. Dabei kann zur Zeit von einem Mangel an Frachtgütern nicht die Rede sein. Bei längerer Fortdauer dieser Preisdrückerei sehen kleinere Schiffseigenthümer allerdings ihrem Ruin entgegen.

Bei der Wiederkehr des Jahrestages der Revolution von 1848—49, dessen wir schon in unserer letzten Morgennummer gedacht haben, wollen wir wieder einmal erinnern an ein Buch, das die Geschichte dieser bedeutungsvollen Jahre für das freie deutsche Volk wahrheitsgetreu und erschöpfend wiedergibt. Die Entstehung dieses Buches ist einer Anregung des Professors Dr. L. Quidde zu verdanken, der zufolge der engere Ausschuß der deutschen Volkspartei auf seinem Parteitage im Herbste 1897 ein Preisausschreiben erließ für die beste geschichtliche Darstellung der Volkserhebung von 1848 und der damit zusammenhängenden Kämpfe in ganz Deutschland. Das preisgekrönte Werk, das die Schrift Dr. Otto Hartmanns, „Die Volkserhebung" ist, umfaßt einen stattlichen Band von nahezu 200 Seiten in groß 8°. Der Umfang des Werkes geht zwar weit über die Bestimmungen des Preisausschreibens, allein es gereicht dies dem Werke nicht zum Schaden, sondern wir können mit Sicherheit behaupten: zum Vortheil der Sache und des Lesers. Bei Durchsicht der Hartmann'schen Schrift wird dem Leser klar, welchen Antheil das Volk an der Erhebung von 1848 hat, und er wird sich der Ansicht nicht verschließen können, mag er einer Partei angehören, welcher er will, daß auch die fernere Entwickelung der Dinge nicht ohne das Volk zustande kommen konnte, wie dies der höfische Geschichtsschreiber so gerne glauben macht. Die Preisschrift ist geeignet, das in dem vom Professor Quidde verfaßten Geleitswort angegebene Ziel mächtig zu fördern, und so wird sie in hohem Grade dazu beitragen, daß der Geist von 1848, der ein demokratischer und volksthümlicher Geist gewesen ist, neu belebt und gekräftigt werde. Wir besitzen in dem Hartmann'schen Buche (Verlag von Hugo Vermühler in Berlin SW. 61, Preis 2 Mark, brochirt 3 Mark) eine Schrift, die nur Darstellungen einzelner Theile oder die summarischen Berichte der Weltgeschichten, die demjenigen gar nicht genügen konnten, der sich ein genaues Bild über die Ursachen, Entstehung, den Verlauf und die Wirkungen dieser Erhebung machen wollte. Der 18. März sieht uns im Besitze eines Buches, das dem Konservativen wie dem Demokraten eine unparteiische und gewissenhafte Belehrung über die erste Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts und über die Errungenschaften dieser Zeit bietet.

Wieder eine geborstene Ordnungssäule. Ueber den Nachlaß eines sehr frommen Herrn, des Bankiers Beckmann in Feuchtwangen wurde der Konkurs verhängt. Der „Fränk. Kur." findet es im höchsten Grade auffällig, daß die Konservativen von diesem, in der Feuchtwanger Gegend schlimm wirkenden Konkurs gar nichts sagen. Das hat, wie das Nürnberger Blatt meint, einen sehr triftigen Grund. Der Bankier Beckmann war nämlich ein hochkonservativer, außerordentlich frommer Mann, ein einflußreicher Parteigänger der Hilpert, Lutz, Rigler, und wie sie alle heißen mögen, und gerade seiner Frömmigkeit wegen wurden ihm Gelder von den Leuten, auch den kleinen und kleinsten, Dienstboten und Taglöhnern u. s. w. anvertraut, die nun ihrer ganzen Ersparnisse beraubt sind. Und im konservativen Lager schweigen alle Flöten, als ob garnichts geschehen sei.

Vom thierärztlichen Studium. Wie die „Bresl. Zeitung" hört, hat sich das preußische Staatsministerium jüngst entschlossen, den aus betheiligten Kreisen laut gewordenen Wünschen entsprechend, die Zulassung zum thierärztlichen Studium von der Absolvirung einer neunklassigen höheren Schule abhängig zu machen. Die Aenderung soll am 1. April 1903 in Kraft treten.

Attentatsgerüchte kommen aus Triest. Danach sollen die Marinebehörden benachrichtigt worden sein, daß gegen die Kriegsmarine ein Attentat von großem Umfange geplant sei. Die Seebehörde erhielt die anonyme Anzeige, daß Dynamitdiebe die Absicht hätten, die in der Werft von San Marco gebauten Kriegsschiffe „Arpad" und „Habsburg" in die Luft zu sprengen.

In maßgebenden Kreisen wird aber der Warnung keine Bedeutung beigelegt. Immerhin werden die Marinebehörden zwischen Triest und Abbazia einen besonderen Küstenbewachungsdienst einrichten; auch die Werft von San Marco wird scharf bewacht.

Die Leistungsunfähigkeit des englischen Kriegsamtes, auf welche die Buren neben ihrer eigenen Ausdauer die berechtigte Hoffnung des schließlichen Sieges setzen, wird auch durch das neueste Telegramm aus London gekennzeichnet. Danach hat der Kriegsminister Lord Kitchener telegraphisch ersucht, eine strengere Aufsicht über den Verbrauch von Zug- und Lastvieh anzuüben, und ihm erklärt, daß die Remonte- und Burenverluste bleiben im Verhältniß zu den englischen nach wie vor gering und der Geist unter den Bürgern ausgezeichnet."

Davon war in den Wochenberichten Kitcheners nichts zu lesen! Aber englische Privatberichte bestätigen den üblen Stand der Dinge. Nach einem Telegramme der „Daily Mail" wurden die Operationen gegen die Aufständischen im Nordwesten der Kapkolonie durch Eroberung zweier britischer Convois mit Proviant für die dortigen Garnisonstädte erheblich gehindert. Einzelheiten fehlen noch, aber die Affairen sind sehr bedauerlicher Art gewesen, da große Quantitäten Proviant in die Hände der Aufständischen fielen. Der Feind zählte 1500 bis 2500 Mann unter Kommandant Maritz.

Und mit diesen 1500 bis 2500 Mann kann Frech trotz seiner 30 000 Soldaten nicht fertig werden. Genau wie Kitchener selbst im Freistaate und im Transvaal. Deshalb übergeht er die Unannehmlichkeiten lieber mit Schweigen und rapportirt nur über gefangene Greise, Frauen und Kinder.

Zur Lage in China. Aus Peking wird berichtet, die Gesandten der Mächte hätten in gestriger Sitzung beschlossen, die Verwaltung der Stadt Tientsin unter Aufhebung der provisorischen Regierung den chinesischen Behörden wieder zu übertragen.

— Das Panzerschiff „Kaiser Wilhelm II.", mit dem Kaiser an Bord, ist heute früh 2 Uhr in Brunsbüttelkoog eingetroffen und um $9^1/_4$ Uhr nach Curhaven abgefahren.

Madrid, 17. März. Wie es heißt, wird das Kabinet folgendermaßen zusammengesetzt sein: Präsidium Sagasta, Krieg Weyler, Inneres Moret, Oeffentliche Arbeiten Conejas, Justiz Capdepon, Unterricht Romanones, Auswärtige Angelegenheiten Herzog von Almodovar. Das Finanzportefeuille ist Buigcerver angeboten worden, der es aber abgelehnt hat. Ueber die Besetzung der übrigen Ministerien ist noch nichts entschieden.

Kleine Chronik.

* **Der Nimrod auf der Lokomotive.** Ein bisher noch nicht dagewesener Vorfall hat sich auf der Kleinbahn Deutsch-Krone—Birchow zugetragen. Als an Eisenbahnzug sich auf der Fahrt zwischen Kehbung und Klausdorf befand, gewahrte der Zugführer neben der Strecke einen Rehbock. Sogleich lud er ein mitgeführtes Jagdgewehr und streckte das Wild zu Boden; gleich darauf erlegte er von der Maschine aus eine Ricke. Dieser Jagdfrevel war von anderen Personen bemerkt worden und wurde zur Meldung gebracht. Der Wilderschütze hat nun zunächst seine Stellung verloren und wird obendrein noch vor dem Strafrichter zu erscheinen haben.

Kommunales.

× **In der gestrigen Sitzung der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung** fand die endgiltige Feststellung des Stadthaushalts-Etat für das Jahr 1902 statt. Der Etat der ordentlichen Verwaltung wurde auf 3 831 159, der der außerordentlichen Verwaltung auf 4 732 432 M. festgesetzt, so daß die Stadt Schöneberg im Jahre 1902 mit einem Gesammtetat von 8 563 591 Mark wirthschaften wird. Im weiteren Laufe der Sitzung wurde von einigen Stadtverordneten zur Sprache gebracht, daß die englische Gasgesellschaft aus Anlaß der Verlängerung des mit der Stadt Schöneberg abgeschlossenen Vertrages nach und nach 150 Arbeiter, welche in dem neuen Mariendorfer Gaswerke beschäftigt waren, entlassen habe. Der Stadtverordnetenvorsteher Gustav Müller erwiderte darauf, daß er sich in der Angelegenheit an den Vertreter der englischen Gasgesellschaft, Ludwig Delbrück, gewendet habe. Nach dessen ganz bestimmter Versicherung sei aus dem angeführten Grunde kein einziger Arbeiter aus dem Mariendorfer Werke entlassen worden, da dieses doch hauptsächlich für die Vororte mit Ausnahme Schönebergs bestimmt sei. Eine längere Debatte rief die Magistratsvorlage betreffend die Beseitigung der sogenannten „Pietätsecke" an der Haupt- und Akazienstraße und die dadurch ermöglichte Verbreiterung der Akazienstraße hervor. An jener Ecke liegt das älteste Gebäude Schönebergs, ein niedriges Häuschen, in welchem seit undenklichen